

Klimaschutz braucht Geld und kommunales Know-how

Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen ist vorüber. Sie hat nicht die Erwartungen erfüllen können, die UmweltschützerInnen, KlimatologInnen und viele NGO's für erforderlich halten, um den unvermeidlichen Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Wir „Kommunalos“, die wir auf vielfältige Weise eine lokale Verantwortung für das globale Problem des Klimawandels sehen, haben wiederholt eine aktive Rolle für die Kommunen bei den UN-Klimaschutzverhandlungen gefordert. Zum Beispiel jüngst auf dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas Mitte Oktober 2009 in Straßburg. Vor allem sollten kommunale VertreterInnen in die nationalen Delegationen aufgenommen werden. Anders als z.B. in Estland, Finnland, Frankreich und Norwegen ist in Deutschland bisher eine solche Beteiligung nicht vorgesehen.

Der Deutsche Städtetag hat beim ehemaligen Umweltminister Gabriel nicht nur für die kommunale Dimension im Kyoto-Nachfolgeprotokoll geworben, sondern auch darauf gedrängt, die Kommunen stärker in die Umsetzung nationaler Klimaschutzstrategien einzubeziehen. Städte, Kreise und Gemeinden sind die den BürgerInnen am nächsten stehende politische Ebene. Sie können die Stadtgesellschaft am besten dazu gewinnen, ehrgeizige Klimaschutzziele mit zu verwirklichen. Als Besitzer umfangreicher Liegenschaften (Schulen, Kindergärten, Bürogebäude, Wohnungen, Krankenhäuser, Altenheime etc.) und häufig eigener Stadtwerke sind Kommunen prädestiniert, Klimaschutz-

Vorbilder zu sein. Dafür benötigen sie allerdings finanzielle Unterstützung. Mit dem Konjunkturpaket II, das den Schwerpunkt auf energetische Sanierung kommunaler Gebäudebestände gelegt hat, wurde ein beachaulicher Anfang gemacht, der allerdings schon in einem Jahr zu Ende geht. Der Deutsche Städtetag schätzt den Investitionsbedarf zur energetischen Sanierung im kommunalen Bereich auf 4 Mrd. € – diesen Betrag können die Kommunen nicht alleine satteln. Im Gegenteil: Wir brauchen ein nachhaltiges Programm von Bund, Ländern und Gemeinden, ganz im Sinne des „green new deal“.



Joachim Lorenz
Foto: Stadt München

Ein kleiner Lichtblick auf europäischer Ebene existiert bereits. Im Rahmen des „Covenant of the Mayors“ (Bündnis der BürgermeisterInnen), dem bisher schon 1.000 Kommunen aus der EU beigetreten sind, soll auch angeregt werden, für besonders ehrgeizige Kommunen finanzielle Mittel für Klimaschutzmaßnahmen aus EU-Töpfen bereitzustellen. Über dieses Bündnis, das auch vom Europäischen Klimabündnis e.V. angeregt worden ist, will die EU die Kommunen mit ins Boot der KlimaschützerInnen holen. Mal seh'n, wie es hier weiter geht und ob hier die EU Vorbild für die Nationalstaaten sein kann.

Joachim Lorenz

➔ Joachim Lorenz (Grüne) ist Gesundheits- und Umweltreferent der Stadt München, Vorsitzender des Klimabündnisses sowie des Umweltausschusses des Deutschen Städtetages.